

Rede des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung, bei der Hauptversammlung am 17. November 2021 in Erfurt

– Gesprochenes Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich doch vielleicht eine halbe Stunde, wenn Sie gestatten, etwas grundsätzlicher ausführen um was es uns geht, wie es war, wo wir stehen und vielleicht auch was uns in besonderer Weise fordert.

EINSTIEG: INTENSIVE PRÄSIDENTSCHAFT

Als ich vor zwei Jahren in Dortmund als frisch gewählter Präsident das Schlusswort der Hauptversammlung gehalten habe, hätte ich in der Tat nicht geahnt, was da auf mich zukommt. So wie wir es wahrscheinlich alle niemals für möglich gehalten hätten, wie sich unsere Welt ändern wird.

Ich war so kühn und hatte mich wählen lassen, obwohl meine Wiederwahl zum Oberbürgermeister anstand. Das hatte ich nun gerade geschafft; am 1. März war es soweit, und dann kam Corona. Und die erste Entscheidung war die Absage der Leipziger Buchmesse.

Das war eine Zeit, wo wir alle noch nicht wussten wer, wie, wann, wo entscheidet. Wer hat eigentlich die Verantwortung in einer solchen Situation. Katastrophenfall, Pandemie...

Was ist das eigentlich, wie gehen wir damit um? Welche Rolle spielen die Gesundheitsämter, die Ordnungsämter, die Landesregierungen, die Bundesregierung? Was ist national, regional oder kommunal überhaupt zu verantworten? Und so bin ich in der Tat auch als Städtetagspräsident faktisch mit der Pandemie gestartet. Und sie ist – wie wir an der aktuellen Infektionslage sehen – leider noch nicht überstanden.

Präsident des Deutschen Städtetages, das ist nicht irgendein Ehrenamt. Für die deutschen Städte zu sprechen, das ist etwas Großes und sehr Verantwortungsvolles. Mir ist das sehr bewusst. Ich sag' das nicht

kokettierend, sondern ich meine es so. Es ist eine große, wunderbare Aufgabe, von den Kolleginnen und Kollegen beauftragt zu werden, für uns, für sie zu sprechen.

WIR HABEN UNS NIE SPALTEN LASSEN

Mit dem Präsidium haben wir uns fast monatlich getroffen, im engeren Präsidium anfangs fast wöchentlich. Digital. Um eine Haltung zu finden, das war uns wichtig. Eine Haltung zu finden, hinter der sich alle versammeln können. Eine Haltung, die dich selbst überzeugt. Und das ist nicht leicht und das war nicht leicht, und wir haben es uns auch nicht leicht gemacht.

Wir alle kennen das: Der Blick ist immer ein anderer, je nachdem, mit wem man gesprochen hat: Mit einem Mitarbeiter, mit einer Mitarbeiterin aus einem Pflegeheim oder einem Krankenhaus, oder ob Du mit einem Theaterintendanten sprichst oder einem Soloselbständigen; ob man mit einer Alleinerziehenden in Kurzarbeit spricht, einem Handwerker oder einem Veranstaltungstechniker ...

Ich finde, wir sind gut durch die Zeit gekommen. Wir haben es geschafft und da bin ich stolz darauf. Wir haben es geschafft, den Laden zusammenzuhalten. Natürlich haben wir gerungen, bei der Bundesnotbremse zum Beispiel, die auch in unseren Reihen nicht unumstritten war. Ganz aktuell beim Thema 2G. Oder der Impfpflicht.

Aber wir haben uns nie spalten lassen und parteiübergreifend in unseren Gremien eine Position gefunden, mit der Sie mich auch medial losgeschickt haben. Und dafür möchte ich Danke sagen, ich möchte Danke sagen für das Vertrauen, das ich von Ihnen bekommen habe, das ein oder andere Mal öffentlich den Kopf hinhalten zu können, auch hinhalten zu müssen. Auch wenn es nicht immer einfach war, den Shitstorm dann wiederum zu ernten.

KONTAKT ZUR BUNDESREGIERUNG

Etwas sehr Wertvolles in einer sehr schwierigen Zeit waren die regelmäßigen Gespräche mit der Bundesregierung – mit der Kanzlerin, mit dem Finanzminister, mit dem Gesundheitsminister, dem Wirtschaftsminister, der Kulturstaatsministerin, der Bildungsministerin.

Ich betone das deswegen so, weil es in der Tat unbedingt zu bewahren ist, was wir an direkten, guten Abstimmungen, Gesprächen miteinander auf den Weg gebracht haben. Dieser Austausch muss unbedingt bewahrt werden. Er war oftmals, das ist die Wahrheit, besser als in den Ländern, wie man mir vielfach berichtet hat. In den letzten Monaten ist das leider etwas eingeschlafen, ich würde sagen, einige Wochen

vor der Bundestagswahl. Und ich bin so kühn: Hätte man vielleicht auch im August/ September mit uns intensiv gesprochen, hätten wir vielleicht keine Impfzentren abgebaut. Und wir wären vielleicht auch bei dem Thema Impfpflicht in sensiblen Bereichen weiter, und die 2G-Regel wäre schon längst auf dem Weg.

CORONA TRIFFT UNS HEFTIGER ALS JE ZUVOR

Die vierte Welle wird heftiger als alles, was wir bisher erlebt haben. Die Krankenhäuser laufen über. Wir haben in Sachsen die Überlastungsstufe erreicht. Diese Woche wird die ITS Bettenanzahl komplett belegt sein und wir müssen auf andere Bundesländer ausweichen. Doch da ist es genauso eng, in Bayern, in Thüringen. Und natürlich, wir wissen das – ich möchte kurz wenigstens erwähnen, was wir gestern auch im Hauptausschuss beschlossen haben: Uns ist natürlich klar, dass das Thema Impfen und Boostern, Rücksicht und Solidarität mit den Schwächsten, von zentraler Bedeutung ist. Wir fordern 2G konsequent für Freizeit, Kultur und Veranstaltungen, auch – heiß diskutiert – der Umgang mit unseren Weihnachtsmärkten.

2G – wie macht man das? Wie organisiert man das in den unterschiedlichen Bereichen? Und wir finden alle miteinander, es ist ein falsches Signal, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zu beenden. Aber wenn ihr sie beendet, in Berlin, morgen, dann ist unsere Forderung: Bitte gebt uns die richtigen Instrumente weiterhin in die Hand, um die Schutzmaßnahmen vor Ort zu ermöglichen, einzuleiten und umzusetzen.

Und ein heißes Thema, heiß diskutiert, wohl wissend, was wir da miteinander besprechen: Klug diskutiert haben wir einen fast einstimmigen Entschluss im Hauptausschuss gefasst, die gesetzliche Pflege, die medizinischen Bereiche, die pädagogischen Bereiche, die sensiblen Bereiche, dort wo mit Menschen gearbeitet wird, die vulnerabel sind, die in besonderer Weise Risiko tragen oder so jung sind, dass sie nicht geimpft werden können, dass wir dort in der Tat der Auffassung sind, hier gehört als erster Schritt die Impfpflicht auf den Tisch.

Und wir haben ebenfalls miteinander gestern zumindest einen Prüfauftrag formuliert. Schaut mal ins Ausland, schaut mal nach Frankreich, nach Italien, nach Israel, nach Portugal, nach Spanien, wo die Impfquoten andere sind: Wir brauchen zumindest eine schnelle Prüfung des Themas: allgemeine Impfpflicht für alle.

Wir werden uns dazu wieder verständigen, die Hauptgeschäftsstelle wird das Thema sehr intensiv bearbeiten und ich hoffe, dass wir die Diskussion auch niveauvoll führen. Natürlich müssen wir das juristisch, medizinisch, soziologisch, psychologisch, politisch miteinander besprechen.

Bevor ich zu fünf Themen komme, die von zentraler Bedeutung für uns sind, lassen Sie mich auch dazu etwas sagen, was wir auch gelernt haben in dieser Krise, in diesen letzten zwei Jahren:

OHNE EIN WIR KANN ES IN UNSERER GESELLSCHAFT KEIN ICH GEBEN

Die Fragen nach dem Gemeinwohl sind nach vorne gerückt. Der öffentliche Dienst hat durchaus eine Renaissance erlebt. Wir haben unseren Dienst geleistet vor Ort. Natürlich waren wir für den Bürger, die Bürgerin da. Das soziale Miteinander wurde und wird auf die Probe gestellt, und auch stabil geglaubte Werte sind in Frage gestellt worden. Das Gemeinwohl, so scheint es, allgemein, ist auf dem Rückzug und Einzug hält „Mein-Wohl“.

Lassen Sie mich einige Gedanken dazu äußern. In der modernen Gesellschaft muss das Gemeinwohl immer wieder neu austariert werden, es darf nicht erstarren, es darf sich nicht in Luft auflösen. Ja, wir müssen es vielleicht auch neu justieren. Und es geht beim Gemeinwohl eben nicht um ein konträres Gegenstück zum Einzelwohl. Nein.

Es scheint zwar manchmal so, wenn Menschen wegen Ruhestörung gegen KITAS und Sportplätze klagen. Es scheint manchmal so, dass Menschen erneuerbare Energien befürworten, aber das Windrad vor der Tür nicht. Und es scheint so, wenn ich für mich eine Impffreiheit beanspruche und Solidarität von allen anderen einfordere, damit ich nicht geimpft bin.

Ich halte es trotzdem für ein fatales Signal, wenn Gemeinwohl und das Wohl des Einzelnen gegeneinander ausgespielt werden. Gemeinwohl ist nicht der Gegenspieler des Einzelwohls, sondern eher sein Erfüllungshelfer. Einfach gesagt: Ohne ein Wir kann es in unserer Gesellschaft im Miteinander von Menschen kein Ich geben. Gemeinwohl geht uns alle an. Es schafft die Grundlagen für das Zusammenleben und auch die eigene persönliche Entfaltung.

Und es geht beim Gemeinwohl nicht nur um die großen Fragen unserer Gesellschaft, sondern auch um das tägliche Miteinander, um die Achtsamkeit für die Schwächeren. Das ist Demokratie: Achtsamkeit für die Schwächeren. Die Jüngeren – die angeblich auch nur mit sich selbst beschäftigt sind, gucken wir mal genau hin – die Jüngeren haben sehr, sehr verantwortungsvoll eingeschränkten Unterricht in Kauf genommen, sich nicht getroffen zu wilden Partys, um für die Großeltern kein Risiko zu sein.

Gleichzeitig haben die Kinderrechte in der Pandemie einen anderen Stellenwert erhalten. Der lange fällige Einzug ins Grundgesetz – Nebenbemerkung aber wichtig – muss endlich vollzogen werden. Warum warten die solange?

Aus meiner Sicht ist es wichtig, aus der Krise zu lernen und dieses Wissen zu nutzen, um Gemeinwohl mutig weiter zu denken. Anstand vorzuleben, eine Haltung zu finden, Solidarität zu leben. Und so ist es eben auch beim Impfen: Impfen ist ein Akt der Solidarität. Für das Gemeinwohl. Lasst uns das wirklich deutlich formulieren.

VOR UNS LIEGEN HISTORISCHE TRANSFORMATIONSPROZESSE

Aufbruch! Kolleginnen und Kollegen, die großen Themen waren natürlich in den letzten beiden Jahren auch da. Und sie bleiben trotz aller Diskussionen und Vor-Ort pragmatischen Lösungen und Entwicklungen und Herausforderungen. Wir haben uns natürlich mit Klimaschutz beschäftigt, mit Wohnen, mit Verkehr, mit Bildung, mit Digitalisierung, mit Sozialem, mit der Demokratie, mit der Diversität.

Zukunft und Aufbruch waren die bestimmenden Themen im Bundeswahlkampf. Und sie sind bestimmend offensichtlich auch in der neuen Bundesregierung, aus dem neuen Bundestag heraus, in dem fast jede und jeder zweite erstmalig sitzt. Wenn man hineinhört, ist das zu spüren. Es geht um Aufbruch.

Aufbruch ist uns Städten nicht fremd. Ja, ich behaupte: Aufbruch ist den Städten inhärent. In den Städten wurde immer schon aufgebrochen zu neuen Ufern. Vor uns liegen historische Transformationsprozesse: für das Klima, für die Bewahrung unserer Welt.

Die Ziele und die Politik der neuen Bundesregierung werden spürbare Auswirkungen auf die Städte haben: Wir werden wieder vor Ort umsetzen müssen. Und beim Finanzrahmen mit den Stichworten Schuldenbremse, Investitionen oder Altschulden müssen wir ebenfalls wahrgenommen werden, damit wir die Ziele verfolgen können. Wir werden uns alle neu aufstellen müssen: im Bund, in den Ländern, in den Kommunen. Aber am Ende werden wir vor Ort die Ziele umsetzen müssen. Es gibt diesen schönen Satz: Jede Vision endet im Verkehrs- und Tiefbauamt. Und das ist so. Am Ende müssen wir es vor Ort „in die Erde bringen“. Wir müssen es umsetzen.

BEHALTET DIE STÄDTE IM BLICK

Und so rufe ich allen Verhandlerinnen und Verhandlern in Berlin zu: Behaltet die Städte im Blick. Sie sind die Lebensorte der meisten Menschen in Deutschland. Sie leisten das, was das Leben ausmacht: Klima,

Wohnen, Verkehr, Energie – in den Städten werden diese Herausforderungen der Zeit angepackt. Die Städte setzen Impulse und strahlen weit aus in ihr Umland, in die Region.

Das Miteinander von Stadt und Land ist von zentraler Bedeutung. Stabile Stadtgesellschaften sind unabdingbar für ein stabiles Land. Ohne Stadt ist kein Staat zu machen! Das ist die Botschaft.

Und das ist unser Anspruch: Wir wollen vor Ort gestalten. Wir wollen mitmachen. Wir wissen doch alle, wie entscheidend das Lebensgefühl der Menschen ist. Für die Identifikation, für die Teilhabe, für den Zusammenhalt in unserem Land.

Und dafür brauchen wir Beinfreiheit, Handlungsspielräume. Wir brauchen Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort. Auch finanzielle!

Lassen Sie mich aus der Vielzahl der Themen, die wir alle ansprechen könnten – und wenn ich Zeit hätte, ich würde Ihnen ja eine weitere Stunde das eine oder andere vergegenwärtigen – lassen Sie mich fünf Themen herausgreifen. Ich hoffe, die anderen sind nicht böse, dass einiges jetzt einfach unter den Tisch fällt. Verzeihen Sie mir jetzt schon, wenn ich Themen wie Flüchtlingspolitik, Asyl und anderes nicht anspreche, sondern mich auf fünf Herausforderungen angesichts der Zeit beschränke.

1. VERANTWORTUNG FÜR UNSERE WELT: KLIMASCHUTZ

Gestern haben wir unser zentrales wichtiges Positionspapier zum kommunalen Klimaschutz verabschiedet. Einstimmig. Parteiübergreifend einstimmig ein – wie ich meine – herausragendes Papier.

Hitzewellen, verheerende Brände, Überschwemmungen. Der Klimawandel ist real. Er vollzieht sich schneller und folgenschwerer als bislang angenommen. Und er ist in Teilen unumkehrbar.

Die Erde wird sich schon in neun Jahren um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmen – und damit zehn Jahre früher als noch 2018 prognostiziert. Und wir sind besorgt über die Ergebnisse von Glasgow.

Die Expertinnen und Experten sind sich einig: Wir Menschen sind die Ursache. Offen gesagt: Ernstzunehmende Menschen bezweifeln dies nicht mehr. Und sie sind sich in einem weiteren Punkt einig: Wir können sehr wohl noch etwas tun!

Und deshalb ist es richtig, dass der Bund mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes die Klimaschutzzvorgaben verschärft, die CO₂ Minderungsziele in den maßgeblichen Bereichen der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehrssektor, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft angehoben hat. Deutschland muss früher klimaneutral werden. 2045 ist höchste Eisenbahn. Und viele Städte, die hier sitzen, geben sich viel ambitioniertere Ziele als 2045.

Und es ist richtig, dass es einen Preis auf Emissionen gibt. Wir im Städtetag sagen parteiübergreifend, der CO₂ Preis ist noch viel zu niedrig. Er muss kurzfristig auf mindestens 50 Euro pro Tonne Kohlendioxid angehoben werden und wachsen, weiter anwachsen. Ansonsten gibt es keine Lenkungswirkung.

Und die brauchen wir, die Lenkungswirkung für die großen Emittenten, aber auch für unser persönliches Verhalten. Dabei ist eines zentral: Ein großer Teil der Einnahmen aus dem CO₂ Preis müssen im Klimaschutz vor Ort landen.

Und dabei haben wir Städte in besonderer Weise die Schwächsten in den Blick zu nehmen, und das tun wir. Die Belastungen für Menschen mit niedrigem Einkommen, die müssen bei dieser Umsteuerung abgedeckt werden, wie zum Beispiel in einer deutlichen Anhebung des Zuschusses für die Mietnebenkosten. Das ist so ein ganz konkreter Forderungsgedanke.

Meine Damen und Herren,

Klimaschutz und Energiewende werden zentrale Ziele der neuen Bundesregierung sein. Es ist gut, dass darum gerungen wird. Drei Punkte möchte ich ganz klar benennen:

Erstens: Klimaschutz und Energiewende können nicht einfach vom Bund bestellt werden. Ohne Städte wird es keine Klimastrategie in Deutschland geben. Also, wir müssen es machen. Wir sind die Treiber. Klimawende und Energiewende gelingen nur dezentral. Das ist die These. Wir in den Kommunen haben die Instrumente vor Ort: Wir wollen Gebäude energieeffizient sanieren, ohne die Baukultur aus dem Blick zu nehmen, ohne dass die Mieten in astronomische Höhen schnellen. Wir schaffen Ausgleichsflächen, Frischluftschneisen. Wir haben die Schwammstadt im Blick. Unsere Stadtwerke mit ihren Wärmenetzen haben Strukturen und die Kraft, die grüne Fernwärme zu meistern, um große Teile des Gebäudebestandes schnell CO₂-frei zu machen. Wir wollen perspektivisch auf Wasserstoff umstellen. Wir wollen, dass die Wärmewende gelingt. Die Städte gestalten Klimaschutz und Klimaanpassung.

Zweitens: Die Erneuerbaren müssen viel stärker und viel, viel schneller ausgebaut werden. Aber: Die Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern viel zu lange. Windenergieprojekte brauchen zur Zeit in

Deutschland vier bis fünf Jahre. Aber das ist einfacher gesagt als getan. Wir sind schnell geneigt das zu fordern. Aber wenn man dann genau hinschaut, wenn dann neben unserem Haus plötzlich ein Windrad steht – wenn mit geringem Abstand und mit verkürzten Fristen im Planungsverfahren das plötzlich innerhalb von vier bis fünf Monaten passieren würde; wenn die Netze durch das Naturschutzgebiet laufen und wenn der E-Fahrzeughersteller im Wasserschutzgebiet baut ...

Wenn die Debatten um die Zielkonflikte mit der Bauplanung, dem Immissionsschutz und dem Natur- oder Artenschutz uns zerreißen, dann wird deutlich, wie schwierig das Thema in der Tat ist. Wie geht denn die Abwägung gerade mit dem Arten- und Naturschutz und der Beschleunigung? Ich habe jetzt keine spontane Antwort, aber wir müssen miteinander Antworten finden.

Und **Drittens** und vielleicht am Allerwichtigsten: Die Klimawende wird nur gelingen, wenn wir die Akzeptanz der Bevölkerung erhalten. Das ist ein schmaler Grat. Schauen wir auf die Energiepreise. Gerade vor Ort in den Kommunen ist die Energiepreisdebatte eng mit Versorgungssicherheit verknüpft. Wir müssen die Ausgaben für Energie im Zaum halten. Für Innovation und die Wirtschaft. Vor allem aber für die Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen.

Die EEG-Umlage gehört sofort abgeschafft. Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld muss deutlich erhöht werden. Ein soziales Ausgleichssystem brauchen wir darüber hinaus, beispielsweise durch eine einkommensbezogene Klima-Pauschale, durch einen Klima-Bonus oder die Aufteilung der Kosten für die Wärme zwischen Mieter und Vermieter. Klimaschutz darf nicht zur sozialen Frage werden. Sonst zerreißt es uns vor Ort in den Stadtgesellschaften.

Wir müssen insbesondere auf diese sozialen Herausforderungen Antworten finden. Und ich bin überzeugt, das geht gemeinsam besser: Wir können noch viel besser kooperieren als wir das zur Zeit tun. Wir sollten hemmungslos voneinander abschauen. Wir müssen uns zusammentun in Projekten bis hin zu gemeinsamen Gründungen von GmbHs oder der Teilhabe an Windparks.

Und wir brauchen auf jeden Fall größere Spielräume, selbst entscheiden zu können, mehr regulatorische Freiheit. Wir müssen beispielsweise Solaranlagen und Dachbegrünung verpflichtend vorgeben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine große Herausforderung am Ende dieses ersten Teils: Nicht alle Maßnahmen, die ökologisch sinnvoll sind, werden ökonomisch sinnvoll sein. Auch damit werden wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich möchte mit Blick auf die Uhr nur noch kurz auf die anderen Themen eingehen.

2. MOBILITÄT IST ÜBERALL

Ein wesentlicher Schlüssel für den dicken CO₂-Rucksack ist die Mobilität, um Emissionen neu zu mindern, Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen, Stadt und Umland miteinander in Verbindung zu bringen, um Pendlerströme besser zu kanalisieren. Der ÖPNV ist ein wesentlicher Schlüssel bei dem Erreichen von Klimazielen. Wir müssen die Menschen wieder in Bus und Bahn bekommen, damit mehr ÖPNV statt Individualverkehr gelingt. Wir wollen und können Anreize setzen, Pendler-, Einkaufs- und Freizeitverkehre initiieren, steuern oder den Güterverkehr organisieren. Und das geht nur mit einer besseren Anbindung, mit einer besseren Taktung, mit modernen Bussen, mit einer anderen Flotte. Der ÖPNV ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele. Und den Verkehr dürfen wir eben nicht nur innerstädtisch sehen. Lieber Herr Henneke, das haben wir sehr wohl im Blick, es braucht die Verbindung zwischen Land und Stadt. Mittelzentren, Oberzentren, Region – Mobilität ist überall. Und deshalb ist es mit einer Verkehrswende in den Städten allein nicht getan. Nein, es geht um die Anbindung.

Und am Ende wird es um die gesamte öffentliche Infrastruktur gehen: S-Bahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen, Bus-Verkehr, Taxis, Car-Sharing, Radwege, Fußwege. Auch der autonome Verkehr. Der Individualverkehr wird natürlich eine relevante Größe bleiben. Und natürlich brauchen wir Wirtschaftsverkehre in unseren Städten.

Kluge Verkehrskonzepte, die denken nicht nur daran, wie man von A nach B kommt. Sie denken an moderne Logistik, mit Hubs, mit logistischen Zentren, die die Verteilung organisieren. Ein kleiner Baustein, um unsere Städte autoärmer, autofreier zu gestalten. Unsere Städte ersticken zunehmend am Individualverkehr. Ich glaube, dass es ökologischer und beispielsweise sinnvoller ist, einen Bringdienst zu nutzen, anstatt dass jeder seinen Kasten Bier mit dem Auto selbst abholt.

Und der Bogen ist größer zu ziehen: Unsere Plätze sind doch keine Parkplätze. Auch ein E-Fahrzeug braucht Platz. Unsere öffentlichen Plätze sollen doch Aufenthaltsqualität bieten. Wir müssen den Raum neu aufteilen. Fußgängerinnen, Fußgänger, Radfahrer, aber eben auch Wirtschaftsverkehre, alle brauchen Platz. Und den haben wir zu organisieren.

Und wenn wir den CO₂ Ausstoß im Verkehr verringern wollen, dann brauchen wir ganz konkret mit Summen unterlegte Bekenntnisse des Bundes, Busse und Bahnen stärker zu fördern. Wir brauchen eine echte Investitionsoffensive. Nicht nur kurze Strohfeuer. Und wir brauchen Unterstützung für den Betrieb. Das ist die größte Herausforderung der nächsten Jahre.

Ich will es auf den Punkt bringen, der Ruf nach Berlin lautet: Für die Mobilität wollen wir Städte zusätzlich 1,5 Milliarden pro Jahr; Regionalisierungsmittel sind ein wunderbares Instrument dafür. Die gehören aufgestockt. Um 1,5 Milliarden pro Jahr, perspektivisch, dauerhaft. Das wäre eine Botschaft aus Berlin, die wir uns wünschen.

3. WOHNEN, DAS TREIBT UNS UM

Meine Damen und Herren,

WOHNEN, ein Stichwort, das uns umtreibt. Das macht uns besonders Sorgen. Wohnen wird immer teurer. Und für immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen fehlen die Sozialwohnungen. Zwischen 2002 und 2020 ist der Bestand an Sozialwohnungen um rund 1,5 Millionen Wohnungen geschrumpft. Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden.

Das geht nur, wenn Bund und Länder mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau einsetzen, wenn der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau von derzeit einer Milliarde pro Jahr deutlich erhöht. Das gehört auch in den Koalitionsvertrag in Berlin. Ansonsten haben wir vor Ort kaum Möglichkeiten gegenzusteuern.

Wir müssen anders bauen, wir müssen nachhaltig bauen. Wir müssen energetisch sanieren und wir müssen Menschen Wohnen als ein Grundrecht zu bezahlbarem Preis ermöglichen. Das ist ein Riesenproblem in unseren Städten, bis hin zu den mittleren Städten, ja auch teilweise in den Kleinstädten. Das gehört auf den Tisch. Steigende Mieten dürfen nicht dafür sorgen, dass Menschen ihre Wohnung verlassen. Wir appellieren an die Ampelparteien, die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen deutlich zu senken. Eine Botschaft aus Erfurt.

4. WIR BRAUCHEN EINE NEUE VISION FÜR UNSERE INNENSTÄDTE

Ich bin vorgestern durch die Erfurter Innenstadt gelaufen. Andreas, ihr habt so eine schöne Stadt, eine wunderschöne Stadt. Eine Stadt, wie wir sie lieben. Lebendig, urban, in zehn Minuten hast Du alles, was Du brauchst. Die Straßenbahn fährt mitten durch die Stadt. Aber so wie in vielen Städten wird womöglich auch Erfurt sein Gesicht verändern.

Jahrzehntelang haben wir in unseren Innenstädten auf Handel gesetzt. Abzusehen war es. Jetzt durch die Corona-Pandemie in besonderer Weise beschleunigt, katalysiert. Die Innenstädte geraten unter Druck. Der Handel gerät unter Druck – natürlich durch das Online-Geschäft, aber auch – das ist die Wahrheit –

durch die Entwicklung der gewerblichen Mieten. Leerstand und Ketten bieten teilweise ein trauriges Bild.

Wir brauchen eine neue Vision für unsere Innenstädte. Die Innenstadt von Morgen – vielleicht formuliere ich das öfter mal etwas romantisch – aber könnte ein Spiegelbild des mittelalterlichen Marktplatzes sein. Ein Ort, an dem man sich begegnet. Wo Kommunikation stattfindet. Wo Gaukler zu erleben sind. Wo der Erlebnischarakter zunimmt. Wo aber die Mischung eine ganz andere wird. Wo wirklich Wohnen, Arbeiten, Leben, Einkaufen, Erleben, Begegnung ganz anders möglich sind. Das heißt nicht, dass wir jetzt überall Riesenräder aufstellen.

Nein, es geht um gastronomische Angebote, um öffentliche Nutzungen, um soziale Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur, von der Musikschule bis zur Universität. Wohnen, Leben, Erleben im Einvernehmen, Kulturangebote, Markt und Familie.

Drei Blumenkübel aufstellen, wird nicht mehr reichen. Ja, ist doch wahr. Neue Angebote, neue Konzepte, auch für die Mobilität. Die Menschen – gerade die jungen – die müssen doch wissen, ich geh in die Stadt, da ist was los, da will ich hin. Da ist Begegnung. Wir haben Wochenmärkte, man kann einen Wein trinken, es gibt Kunst und Kultur, Sport, Straßenmusikfestivals. Man hat regionale Produkte, das ist ein Punkt.

Kurzum, die Innenstädte müssen wieder individueller werden. Die Ladenmieten müssen runter. Wenn das die Vermieter nicht verstehen, dann werden sie am Ende Probleme haben.

Das gilt erst recht für die Wohnmieten. Der Markt ist vielerorts aus dem Ruder gelaufen. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, Wohnungen mit Sozialbindung; Erhaltungssatzung, Vorkaufsrechte zum Verkehrswert, Unterstützung der Menschen mit niedrigem Einkommen sind notwendige Instrumente.

Kolleginnen und Kollegen,

diese Belebung oder Wiederbelebung der Innenstädte geht nur im Schulterschluss und im Miteinander der Akteure. Citygemeinschaft, City-Manager leisten eine gute Arbeit. Sie entwickeln Konzepte, planen, koordinieren Zwischenerwerb, Zwischennutzung, Umnutzung von großen Warenhäusern. Das ist keine Frage von Größe. Wir haben supergute Beispiele, in Delmenhorst, in Gera, in Iserlohn, in Siegen.

Hier setzt auch das Bundesprogramm für zukunftsfähige Innenstädte und Zentren an. Einmalig 250 Millionen Euro reichen nicht, ein guter Anfang. Aber wir fordern als Städtetag 500 Mio. Euro pro Jahr über die nächsten fünf Jahre. Das wäre was.

Und noch ein Programm, das hilft: die Städtebauförderung. Seit 50 Jahren ist sie ein Erfolgsprogramm. Ich will bei dieser Gelegenheit gleich deutlich sagen: hört auf mit den Geschichten, die Städte ließen die Fördermittel millionenfach liegen! Quatsch! Macht sie einfacher, macht sie unbürokratischer, macht sie flexibler und wir werden jeden Ziegel schon verbauen. Ganz sicher. Und ganz nachhaltig.

5. WER HETZT, WER HASS SÄHT, WER VERLEUMDET, WER DEMOKRATIE GEFÄHRDET, DANN HAT FREIHEIT GRENZEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein fünfter Punkt:

Vor zwei Jahren bei der Hauptversammlung in Dortmund war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei uns. Walter Lübcke war nur kurze Zeit zuvor Opfer eines feigen Mordes geworden. Wir waren betroffen, wir waren auch wachgerüttelt. Extremes, antidemokratisches, antisemitisches, ausländerfeindliches, menschenfeindliches, verachtendes Denken gab es schon immer in unserem Land. Wir müssen aber feststellen, und das ist die Wahrheit, dieses Denken hat mehr und mehr Einzug in unsere Gesellschaft gehalten. Die Grenzen verwischen, hier mal eine kleine geschmacklose Bemerkung, da mal ein Nazi-Vergleich, da mal ein Judenwitz. Ein weiterer Tabubruch und noch ein Tabubruch an der Straße, am Stammtisch, in unseren Räten, ja, auch im Bundestag, weitere kleine Nadelstiche. Und der verloren gegangene Respekt vor den Mitmenschen wird immer größer. Da müssen wir auch ernsthaft über die Rolle der Medien sprechen: Qualitätsmedien geraten unter Druck. Mit Empörung und Skandalisierung wird um Aufmerksamkeit, um Klicks gekämpft.

Und wenn ich höre, dass man in Deutschland ja nicht mehr alles sagen kann, dann schwillt mir der Kamm. Ja, wer hetzt, wer Hass säht, wer verleumdet, wer Demokratie gefährdet, wer gegen Artikel 1 unseres Grundgesetzes verstößt, der hat eben kein Recht dazu, alles zu sagen. Da ist die Grenze.

Und noch ein Wort zu den verquerten Denkern: Natürlich müssen wir in unserer Demokratie Meinungen und Haltungen aushalten und uns damit auseinandersetzen. Und natürlich müssen wir Sorgen und Ängste ernst nehmen. Logisch. Und ich verstehe doch auch, wir doch alle, dass wir am Ende erschöpft sind, wenn der Alltag wegbricht. Oder schlimmer, ganze Existenzen. Und wir haben auch in der Politik nicht alles richtig gemacht in den letzten zwei Jahren.

Wenn aber auf Demonstrationen bewusst falsche Tatsachen und Lügen verbreitet werden, wenn sie genutzt werden, um zu spalten; wenn man Rechtsextreme nutzt, um auf der Straße zu pöbeln, wenn Tausende ohne Maske andere gefährden, dann hat Freiheit Grenzen. Ja, dann hat sie Grenzen.

Kolleginnen und Kollegen,

mehr als die Hälfte der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ist schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden. Ein Fünftel hat aus Sorge um die eigene Sicherheit oder die der Familie schon über einen Rückzug aus der Politik nachgedacht.

Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, der greift unser freiheitliches, demokratisches Grund- und Gemeinwesen an.

Das dürfen wir nicht zulassen! Unser Gemeinwohl ist in Gefahr, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr engagieren wollen im Rat, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Eltern-Café für Migrantinnen und Migranten oder im Verein.

Es ist Aufgabe von uns allen, der Kommunalpolitik, den Hauptamtlichen aber gerade auch den Ehrenamtlichen den Rücken zu stärken. Wir brauchen die Menschen – wie Sie, liebe Delegierte –, die gerne für die Menschen in unseren Städten da sind. Wir haben das Portal „Stark im Amt“ für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt unter der Schirmherrschaft von Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit der Körber-Stiftung ins Leben gerufen, um ein Zeichen dort zu setzen. Nutzen Sie diese Plattform.

ICH SAGE MIT GANZEM HERZEN UND NACHDRUCK DANKE

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Ich sage mit ganzem Herzen und Nachdruck: Danke, dass Sie mir in den letzten zwei Jahren die Unterstützung gegeben und in der Tat den Rücken gestärkt haben.

Ich habe nicht gesprochen über viele andere Themen, die uns bewegen. Ich wollte eigentlich grundsätzlich zur finanziellen Ausstattung reden, zur Konnexität. Ich hätte gern noch weiter geredet zum Thema Asyl, zu den Kulturangeboten, zu den Sport-Alltagsangeboten. Zu dem was unsere Städte ausmacht, was sie lebenswert macht. Und da spielen die Finanzen in der Tat eine zentrale Rolle. Aber ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir eine wichtige Stimme haben können, wenn wir zusammenhalten, wenn wir

einig sind als kommunale Familie und auch deutlich artikulieren, was wir können, was wir nicht können und was wir dazu brauchen.

Ich danke für Euer Vertrauen, danke für das Zuhören. Danke für die Zusammenarbeit der letzten Jahre.